

## Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform



Bereits 2004 haben Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender) und Frank Kuschel (kommunalpolitischer Sprecher) die Grundzüge unserer Vorstellungen zum Thema präsentiert. Im April 2005 hat der Landesparteitag das Konzept »Masterplan« beschlossen. Selbst von der IHK wurden zwischenzeitlich wesentliche Inhalte unseres Konzeptes für eine Kreisgebietsreform übernommen. Die Landesregierung hat noch immer keine eigenen Vorstellungen entwickelt. Inzwischen machen vor allem die südthüringischen Kommunen Druck und fordern ein Konzept des Landes.

## Stichwahlen

Als eine der ersten Initiativen hat DIE LINKE nach der Landtagswahl 2009 einen eigenen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Stichwahlen in den Kommunen vorgelegt. Einer Vorlage der LINKEN wollten CDU und SPD nicht zustimmen, weshalb die Landesregierung einen inhaltlich identischen Gesetzentwurf vorlegte. Die Stichwahlen wurden somit wieder eingeführt (waren aber für die Bürgermeisterwahlen im Juni 2010 noch nicht wirksam).

## Gebühren und Beiträge

Seit vielen Jahren kämpft DIE LINKE für bürgerfreundliche und sozial gerechte Kommunalabgaben. Ein erster Erfolg konnte 2004 mit der Abschaffung der Wasserbeiträge errungen werden. Gegenwärtig konzentrieren wir uns auf die Debatte zu den Straßenausbaubeiträgen. Noch in diesem Jahr will die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen. Wir bleiben dabei: Die Beiträge gehören perspektivisch abgeschafft!

## Kita-Volksbegehren zum Erfolg geführt

DIE LINKE hat zusammen mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren seit vielen Jahren gegen alle Widerstände und Widrigkeiten die Interessen der Kinder vertreten. Nachdem im beschlossenen Gesetzentwurf für eine wirksame Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten ein Großteil unserer Forderungen enthalten ist und die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN als parlamentarischer Arm des Volksbegehrens dem Gesetz zustimmen konnten, ist das Ziel unserer jahrelangen Arbeit erreicht. Jetzt muss es darum gehen, das Kita-Gesetz in die Praxis umzusetzen und Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen auszubauen. Auf Dauer muss das auch zur Gebührenfreiheit führen. Bildung muss ein freies und für jedermann zugängliches öffentliches Gut sein. Das ist eine zwingende Voraussetzung für Chancengleichheit in der Gesellschaft.

**DIE LINKE.**

Fraktion im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 03 61 / 377 22 95

Fax: 03 61 / 377 24 16

fraktion@die-linke-thl.de

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

V.i.S.d.P. Olaf Weichler

# Links wirkt!

Unsere Forderungen  
setzen sich durch

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

angesichts zahlreicher Initiativen anderer Landtagsfraktionen, die in Teilen oder in Gänze Forderungen der LINKEN enthalten, wird immer deutlicher:

»Links wirkt!«

Dazu erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: »Es ist eine selbstredende Bestätigung unserer Politik, dass langjährige Forderungen inzwischen Niederschlag in den Aktivitäten anderer Parteien und der Landesregierung finden. Das ist außerordentlich begrüßenswert und ein Signal für »Links wirkt!«

Während noch kürzlich bürgerfreundliche Vorstöße der LINKEN u. a. zum Arbeitsmarkt, zur Altschuldenentlastung der Wohnungsunternehmen, zur Einschränkung bzw. zum Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen, zur Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge sowie zur Sicherstellung der Finanzierung der LIGA der freien Wohlfahrtspflege und des Landessportbundes aus parteitaktischen Gründen von CDU und SPD ausgebremst und blockiert wurden, finden sich jetzt viele dieser Forderungen in Anträgen und Gesetzentwürfen wieder und erlangen rechtliche Relevanz in Thüringen. Basis dieser Entwicklung: eine starke LINKE.

## Start eines Landesarbeitsmarktprogramms

Das neue Landesarbeitsmarktprogramm der Landesregierung ist ein erster richtiger Schritt. Die Linksfraktion fordert seit langem, dafür zu sorgen, dass vor Ort bessere Bedingungen für Beratung, Begleitung, Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt geschaffen werden. Denn: Öffentlich geförderte Beschäftigung ist ein sinnvolles Instrument, wenn es darum geht, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie ist auch mit Blick auf die Daseinsvorsorge unerlässlich. Allerdings ist

das Landesprogramm, das für etwa 3000 Menschen ausgelegt ist, lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Schließlich gibt es in Thüringen mehr als 2000 Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile arbeitslos sind, und 9200 Alleinerziehende, die Hartz IV beziehen. Allein 25 500 über 55-jährige müssen in Thüringen von Hartz IV leben. Weitere Initiativen des Landes müssen also folgen.

## Kritik an Preistreiberei beim Schulessen: Landesregierung reagiert mit Bundesratsinitiative

Steigende Preise für Schulessen infolge einer Erhebung der Umsatzsteuer sind ein Skandal und Beleg für eine zutiefst ungerechte Politik. Die so genannte Neuausrichtung der Mehrwertsteuersätze für Speisen und Getränke durch die schwarz-gelbe Bundesregierung ist ein erneutes Beispiel schamloser Klientelpolitik. Nach massiver Kritik der LINKEN an der unsozialen Politik hat die Thüringer Landesregierung angekündigt, sich im Bundesrat beim Schulessen für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz einzusetzen. DIE LINKE sagt: Eigentlich muss gekochtes Schulessen komplett steuerfrei gestellt werden!



## Langjährige Forderung nach Abschaffung der Bannmeile endlich umgesetzt

Die Abschaffung der Bannmeile um den Thüringer Landtag ist ein Sieg für demokratische Transparenz und Bürgernähe. Der Landtag darf sich gegenüber den Bürgern und ihren Anliegen und Problemen nicht abschotten. Kundgebungen in Sicht- und Hörweite der Abgeordneten müssen möglich sein. Mit der lange überfälligen Entscheidung im Landtag wird einer langjährigen Forderung der PDS- bzw. LINKE-Fraktion entsprochen. Endlich haben auch CDU und SPD erkannt, dass die Bannmeile unnötig und antiquiert ist und demokratischen Grundsätzen widerspricht. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn, wie von der PDS schon 1991 gefordert, erst gar keine Bannmeile um den Landtag entstanden wäre.

## Elektronisches Waffenregister kommt

Seit Frühjahr 2010 melden die Ordnungsbehörden die Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse an die Meldebehörden, die diese Information in das Melderegister aufnehmen (eine Aussage über Art und Umfang des Waffenbesitzes ist derzeit aus den Melderegistern aber noch nicht möglich). Spätestens bis Ende 2012 soll bundesweit ein sogenanntes nationales Waffenregister eingeführt werden. 2009 wurde eine entsprechende Änderung des Waffengesetzes vorgenommen. Mit der Einführung des Waffenregisters werden die Polizeibehörden jederzeit Zugriff auf erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse haben, um Gefahrensituationen schnellstmöglich konkret einschätzen zu können. Das elektronische Waffenregister wurde durch DIE LINKE seit dem tragischen Amoklauf eines ehemaligen Schülers am Erfurter Gutenberg-Gymnasium im Rahmen der Debatte um die Verschärfung des Waffenrechtes gefordert.